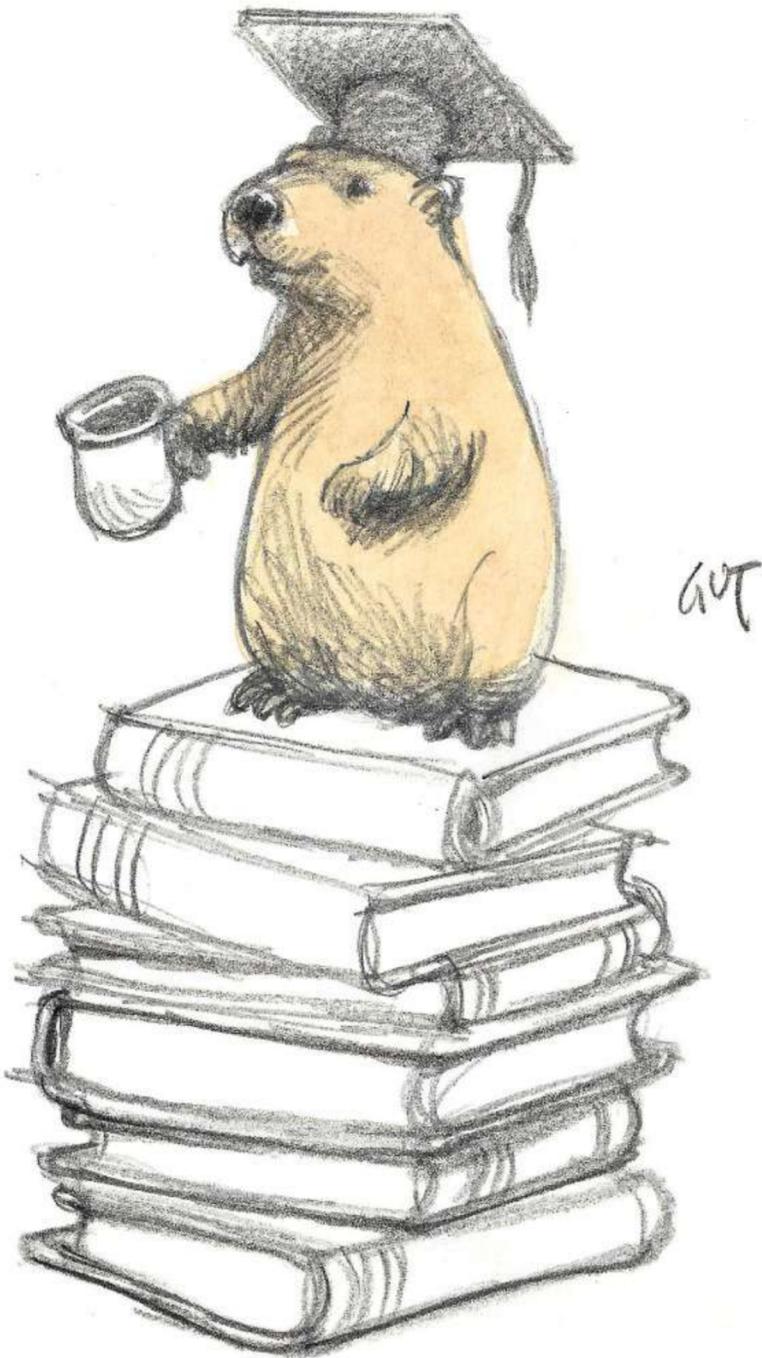


## BILDUNG UND ARBEITSMARKT

# Nachgelagerte Studiengebühren

Alle Menschen, die hierzulande eine tertiäre Ausbildung absolvieren, sollen für die von ihnen verursachten Kosten stärker als bisher selber aufkommen. Zudem mögen sie ihre Studienwahl besser an den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes ausrichten.

Von Stefan C. Wolter und Conny Wunsch



Wie in anderen industrialisierten Ländern ist auch in der Schweiz in den letzten Jahrzehnten der Anteil an Erwerbspersonen, die über einen höheren Bildungsabschluss auf tertiärer Stufe verfügen, stark angestiegen. Dabei zeigen alle verfügbaren Daten, dass das starke Wachstum dieser Abschlüsse, universitärer wie nichtuniversitärer, das heisst von Fachhochschulen, Pädagogischen Hochschulen und der höheren Berufsbildung, weitestgehend einem Bedürfnis des Arbeitsmarktes entspricht. Aufgrund der laufenden technologischen Veränderungen ist davon auszugehen, dass dieser Prozess sich in den nächsten Jahrzehnten unverändert fortsetzen wird. Immer mehr Leute werden sich also länger bilden.

Damit einhergehend werden Fragen, die heute vielleicht noch nicht prominent auf der politischen Agenda rangieren, drängender werden und nach Antworten verlangen. Denn die mit der Verlängerung der Ausbildungszeit verbundenen höheren privaten und öffentlichen Kosten werden nicht immer automatisch eine lohnende Investition für die Bildungswilligen und die Gesellschaft sein. Bedingungen für die Nachhaltigkeit dieses Wandels sind erstens, dass sich die Bildungsentscheidungen an den Bedürfnissen des Arbeitsmark-

tes ausrichten. Zweitens sollen jene, die von der gesellschaftlichen Investition profitiert haben, diese Ressourcen durch Erwerbsarbeit der Gesellschaft wieder zurückgeben. Nur so wird es die Schweiz schaffen, dem sich verschärfenden Fachkräftemangel aufgrund der demografischen Alterung und des technologischen Wandels zu begegnen und die Zahlungsbereitschaft der Bevölkerung für immer mehr Bildung zu erhalten. Auf diese Herausforderungen zielen die hier vorgeschlagenen Reformideen ab. Dies bedeutet jedoch nicht, dass an anderen Stellen des Bildungswesens oder des Arbeitsmarktes kein Reformbedarf besteht.

## Drohende Umverteilung von unten nach oben

Die mit einem starken Ausbau der tertiären Stufe des Bildungswesens einhergehenden Bildungskosten haben in praktisch allen betroffenen Ländern Reaktionen ausgelöst, denen sich die Schweiz bislang glücklicherweise entziehen konnte. Entweder wurden die tatsächlichen Bildungskosten direkt und teilweise im vollen Masse über Studiengebühren auf die Bildungsnachfrager überwälzt oder die vorhandenen Mittel ständig auf mehr Studierende

aufgeteilt. Beides wäre einer Wissensökonomie, wie sie die Schweiz ist, nicht zuträglich.

Weniger Mittel pro Studierenden würden die hohe Qualität des tertiären Bildungswesens der Schweiz gefährden. Die direkte Überwälzung der Kosten auf die Bildungsnachfrager würde dagegen Gefahr laufen, Talente aus finanziellen Motiven von einem Studium abzuhalten. Ein Grund, weshalb man in der Schweiz bislang solche Wege nicht beschritten hat, ist zum einen das Vorhandensein ausreichender finanzieller Mittel. Ein anderer ist die gesellschaftliche Erwartung, dass jene, die von einer höheren Bildung profitieren, die Kosten später im Erwerbsleben über höhere Steuerbeträge zurückzahlen.

Solange sich diese Erwartung erfüllt und die Gesellschaft über eine sogenannte fiskalische Bildungsrendite an den Erträgen dieser Bildungsinvestition partizipiert, ist gegen eine solche nachträgliche Refinanzierung der Bildungskosten nichts einzuwenden. Nun zeigt sich aber, dass sich immer stärker ausbreitende Teilzeitarbeit und die längeren Erwerbsunterbrüche bei sehr gut ausgebildeten Fachkräften diesen Gesellschaftsvertrag ins Wanken bringen. Schon bei Teilzeitpensenen von unter 70 Prozent bezahlen tertiär gebildete Personen trotz höherer Löhne im Vergleich zu Personen ohne tertiäre Ausbildung nicht mehr genug zusätzliche Steuern, um die von der Gesellschaft vorgeschossenen Ausbildungskosten zu decken.

Personen mit tertiärer Ausbildung und reduziertem Erwerbsspensum verschärfen damit nicht nur den Fachkräftemangel, sondern führen auch dazu, dass die Bildungskosten vermehrt von jenen Personen zu tragen sind, die nicht in den Genuss tertiärer Bildung gekommen sind. Es kommt somit zu einer Umverteilung von unten nach oben.

## Virtuelle Studienkosten real machen

Um eine solche Umverteilung zu vermeiden und einen Anreiz für eine verstärkte Beteiligung am Arbeitsmarkt nach der Ausbildung zu geben, schlagen wir vor, nachgelagerte Studiengebühren einzuführen, die nur dann zum Tragen kommen, wenn man nicht schon alleine durch sein hohes Erwerbseinkommen die Rückzahlung garantiert.

Ob dies der Fall ist oder nicht, würde wie folgt berechnet: Die gesamten real aufgelaufenen Studienkosten, die nicht durch Studiengebühren gedeckt waren, werden über einen Zeitraum von beispielsweise 20 Jahren in jährlichen Tranchen rückzahlbar. Auf diese Tranchen sollen jedoch die in jedem Erwerbsjahr nach Abschluss der tertiären Ausbildung gezahlten Steuern angerechnet werden. Übersteigen die im jeweiligen Jahr gezahlten Steuern den durchschnittlichen Steuerbetrag einer Erwerbsperson mit einem Abschluss auf der Sekundarstufe II mindestens um den Betrag der Tranche der Studienkosten, wäre diese abgegolten. Eine reale Rückzahlung der Studienkosten wäre somit nur in jenen Jahren fällig, in welchen das durch die Erwerbsarbeit generierte Einkommen die Deckung der Bildungskosten nicht schon gewährleistet hat.

Sollten die Steuern diesen Betrag aber nicht überschreiten, würde der durch die Steuern noch nicht abgedeckte Teil der Tranche der Studienkosten auf die Steuerrechnung dieses Jahres aufgeschlagen. Dieses System hätte verschiedene Vorteile, und der Wichtigste wäre sicherlich der Umstand, dass die Mehrheit der Personen, die von einer tertiären Ausbildung profitieren könnten, gar nichts von dieser

nachgelagerten Studiengebühr spüren würden. Gleichzeitig würde dafür gesorgt, dass möglichst wenige sich ein Studium durch die Gesellschaft finanzieren lassen, ohne nachher genügend dazu beizutragen, die entstandenen Kosten zu kompensieren.

## Anreize schaffen grösstmögliche Effizienz

Die weiteren Vorteile gegenüber der heute praktizierten Finanzierung tertiärer Ausbildungen wären erstens, dass sich Studierende schon bei der Studienwahl Gedanken darüber machen sollten, wie sie die Studienkosten, die sie allenfalls später einmal zu tragen hätten, möglichst tief halten können. Sei dies durch die Wahl eines «günstigen» Studienfachs oder nur dann eines «teuren» Studienfachs, wenn man auch an die Erwerbsaussichten des damit verbundenen Berufes glaubt oder bereit ist, in diesem einen hohen Arbeitseinsatz zu zeigen.

Auch das Studienverhalten selbst dürfte positiv beeinflusst werden, da nun Studienfachwechsel oder eine zu lange Studienzeit finanziell zu Buche schlagen würde und sich entsprechend zeitliche Investitionen in die Studienfachwahl und das Studium lohnen würden.

Die Studierenden würden sich aber nicht nur mehr Gedanken darüber machen, wie sie die Studienkosten tief halten könnten, sondern auch, wie sie ein zukünftiges Erwerbseinkommen durch ihre Studienwahl positiv beeinflussen könnten. Sie würden sich also vermehrt Gedanken über die Erwerbsaussichten eines Studienfachs machen müssen, und zwar sowohl in Bezug auf die Möglichkeiten, in einem Beruf erwerbstätig sein zu können, für den ein Studium überhaupt eine Voraussetzung ist, als auch in Bezug auf die Verdienstmöglichkeiten. Es würde aber niemand gezwungen, sich seine tertiäre Ausbildung nur noch nach der ökonomischen Rentabilität auszuwählen. Es wäre lediglich gewährleistet, dass jene, die dieser eine geringere Bedeutung zumessen, die Kosten ihrer Wahl nicht so leicht der Allgemeinheit überwälzen könnten.

Da dieses System alle tertiären Ausbildungen umfassen würde, auch jene der höheren Berufsbildung, würden damit tendenziell auch die aktuellen Konflikte bei der Frage der Finanzierung der unterschiedlichen Ausbildungstypen entschärft. In jenen Ausbildungsgängen – wie beispielsweise der höheren Berufsbildung –, bei denen die öffentliche Finanzierung relativ tief und der private Anteil an den Kosten höher ist, würde am Schluss auch weniger auf dem «virtuellen» Studienkostenkonto zu liegen kommen. Damit hätten alle tertiären Ausbildungstypen gleich lange Spiesse.

## Probleme, Feinsteuerung und Ausnahmen

So einfach die Idee auf den ersten Blick auch tönen mag, so vielfältig sind am Schluss die noch zu lösenden Fragen, von denen hier nicht alle aufgelistet werden können. Wie würde man mit Studierenden umgehen, die nach dem Studium das Land verlassen und sich so der Abzahlungspflicht entziehen? Dabei ist sicherlich zwischen ausländischen und einheimischen Studierenden zu unterscheiden. Bei Ersteren ist die Wahrscheinlichkeit höher und man müsste sie deshalb stärker von Anfang an mit Studiengebühren belasten. Bei einheimischen Studierenden ist eine Vermeidung dieser Steuer durch Auswanderung schwer zu verhindern. Aber die Steuerschuld würde bestehen bleiben

Die Studierenden würden sich nicht nur mehr Gedanken machen, wie sie die Kosten tief halten, sondern auch, wie sie ein zukünftiges Einkommen durch ihre Studienwahl positiv beeinflussen.